

A3, A7, A8 werden wie folgt zusammengefasst:

Menschenrecht auf Nahrung durchsetzen! - Das Casino schließen - Spekulationen auf Nahrungsmittel verbieten!

Auch im 21. Jahrhundert bedroht Hunger die Menschheit, trotz Wohlstand und technischem Fortschritt. Jeder siebte Mensch leidet Hunger. Weltweit sind es laut dem Deutschen Roten Kreuz insgesamt 925 Millionen. Jedes Jahr verhungern 8,8 Millionen; alle drei Sekunden stirbt ein Mensch an Hunger. Alleine in Afrika müssen 206 Millionen hungern. Die Gründe sind vielfältig: Epidemien verursachen Hunger, hierbei trifft es besonders hart die weltweit etwa 15 Millionen Aids-Waisen. Auch Umweltkatastrophen haben Hungerkrisen zur Folge. Der globale Klimawandel tut sein Übriges und verschärft das Problem. Aber nicht selten sind auch Kriege an Hungersnöten schuld. Flüchtlinge können sich nicht mehr selbst versorgen, Felder sind vermint oder liegen brach und die Wirtschaft stagniert.

Hauptursache für Hunger ist und bleibt aber natürlich die Armut. Die Hälfte der Hungernden dieser Welt sind Kleinbauern. Sie leben hauptsächlich von dem, was sie anbauen. Wenn ihre Ernte misslingt oder sie vom Verkauf ihrer Produkte nicht leben können, müssen sie hungern. Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung sorgt dafür, dass der Anteil der Industrieländer am weltweiten Export bedeutend höher ausfällt als der der Entwicklungsländer – was dort Fortschritt und Wohlstand verhindert.

Das Perverse daran: Während über 900 Millionen Menschen auf dieser Welt an Hunger leiden, haben fast doppelt so viele, nämlich 1,5 Milliarden Menschen und damit 20 Prozent der Menschheit – ein ganz anderes Problem: Sie haben Übergewicht. Das alles im Übrigen zur Freude der hier zu Lande aus der Erde sprießenden Fitnessstudios, Diätanbieter und Publikationen, wie man am schnellsten und elegantesten Pfunde verliert auf dem Weg (zurück) zur Traumfigur.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass auf der Welt etwas falsch läuft. Das Hungerproblem liegt nicht an einer weltweiten Knappheit von Nahrungsmitteln, sondern an schlechter Verteilung, Verschwendung und steigenden Preisen. Ein abendlicher Blick in die Müllkübel der örtlichen Supermärkte liefert hierzu ganz praktische Anschauungsbeispiele. Neben „Geiz-ist-Geil“ hat sich heuer eine regelrechte Wegwerfgesellschaft entwickelt.

Daraus ergeben sich folgende politische Konsequenzen und Handlungsempfehlungen:

- Marktliberale Regelungen im Bereich der Landwirtschaft haben weniger die Entwicklungsimpulse in den Ländern des Südens befördert, sondern vielmehr die Preise für Nahrungsmittel und die Zahl der Hungernden dramatisch ansteigen lassen.
- Menschenrechte sollen aber nicht der Welthandelspolitik dienen, sondern umgekehrt der Welthandel in den Dienst der Rechte der Menschen gestellt werden.
- Das Menschenrecht auf Nahrung ist unmittelbar geknüpft an das Recht auf Leben.
- Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgefordert, mit allen relevanten Institutionen und Organisationen das Millenniumsziel zum Kampf gegen den Hunger bis 2015 umzusetzen. Andernfalls gefährden diese Beteiligten die Legitimierung der menschenrechtlichen Standards.
- Das globale Hungerproblem hängt zusammen mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und wird durch diese verschärft. Zudem gefährden die Klima- und Umweltkrisen (Wassermangel, Erosion, Versiegelung von Flächen etc.) die

Ernährungssicherheit vieler Menschen. Dem entgegenstehen muss eine nachhaltige und zusammen gedachte Wirtschafts- und Umweltpolitik und keine weitere Zersplitterung in der Bearbeitung unterschiedlicher Krisenphänomene.

- Maßnahmen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sowie Außenwirtschaftspolitik der EU und Deutschlands zur Förderung der Ernährungssicherheit müssen sich an der Gewährleistung fundamentaler Rechte in politischen Programmen und Aushandlungsprozessen orientieren.
- Um eine nachhaltige Bewirtschaftung durch lokale Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten, muss auf deren Kompetenzen und Wissensressourcen gesetzt und ihre Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden. Dies betrifft auch und vor allem lokale Minderheitengruppen.
- Der Hungerkrise auf der einen steht eine Lebensmittelkrise auf der anderen Seite des Erdballs gegenüber, nämlich eine Lebensmittelkrise der Überproduktion und des Überangebots. 900 Millionen hungernden Menschen stehen beinahe doppelt so viele Menschen mit Übergewicht gegenüber. Die wohlhabenderen und aufstrebenden Regionen sind dazu angehalten, ihre Form des Wirtschaftens und ihr Konsumverhalten hin zu mehr ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit zu verändern.
- Die gesamte Agrarförderpolitik der Europäischen Union muss einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Dies schließt einen Abbau von Agrarexportsubventionen, welche die Lebensmittelproduktion in solche Staaten behindern, deren Bürger an Hunger und Mangelernährung leiden, mit ein. Stattdessen muss gerade in diesen Ländern die Ernährungssicherheit und -souveränität der Nahrungsmittelversorgung durch entsprechende infrastrukturelle Maßnahmen gewährleistet werden.

In den letzten Jahren kam es regelmäßig zu Hungersnöten in den ärmsten Ländern der Welt. Neben Missernten sind Spekulationen von Hedgefonds, Indexfonds und Banken für die enormen Preissteigerungen verantwortlich. Diese nutzen Spekulationen auf Preissteigerungen um mittels Termingeschäften Profit zu machen. Der Nutzwert Nahrung wird zu einer Geldanlage. Unter dieser Gier müssen die ärmsten der Armen leiden. Sie hungern, weil sie ohnehin schon 90 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben müssen, während hierzulande durchschnittlich 15 Prozent des Einkommens dafür ausgegeben werden. Preissteigerungen treffen deswegen die Ärmsten am härtesten. Diesem Treiben muss ein Ende bereitet werden.

Die Deregulierung der Finanzmärkte hat überall auf der Welt zu diesen Missständen geführt. Termingeschäfte im Agrarsektor sind zwar nichts Außergewöhnliches und stiften Nutzen in Form von Unsicherheitsreduzierung, wenn sie sich auf physische Transaktionen beziehen. Dennoch nimmt die Spekulation von branchenfremden Finanzinstituten auf dem Agrarmarkt eine Dimension an, die alles andere als sinnvoll und nützlich ist. Aus diesem Grund ist eine Obergrenze der Positionen auf Agrarstoffe einzelner Händler und der Gesamtmenge je Rohstoff ein entscheidender Beitrag zur Verhinderung dieser Zustände. Zudem sorgt der außerbörsliche Handel für Agrarstoffderivaten für Intransparenz. Um mehr Transparenz zu schaffen ist es daher wichtig, diesen Handel auf die Börse zu zwingen, wo er der Aufsicht unterliegt.

Eine Begrenzung der Spekulation mit Agrarstoffen verlangt nach einer Behörde, die die Einhaltung dieser Beschränkungen überwacht und schmerzhafte Sanktionen gegen Institute oder Personen durchsetzt, die diese Regulierungen missachten. Nur so kann verhindert werden, dass die von Spekulation auf Nahrungsmittel verursachte Ungerechtigkeit fortbesteht oder noch verschlimmert wird.

Den Forderungen liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die Nahrungsmittelkrisen verbunden mit einem Anstieg der Preise für Lebensmittel (und auch für andere Rohstoffe) zwar auch

durch externe Gründe bedingt, wie Klimawandel, die weltweite demographische Entwicklung, den Verbrauch von Ackerland für Biotreibstoff etc., ist die Ursache für Preissteigerungen gegeben. Spekulative Aktivitäten der Finanzmarktakteure an den Agrarbörsen verschärfen diese Problematik. Hintergrund ist, dass an den Rohstoffbörsen der Preis nicht mehr durch Nachfrage und Angebot bestimmt wird, und somit keinen Markt im klassischen Sinne darstellt. Dafür gibt es zwei Ursachen, die ineinander spielen.

Zum einen wurde 1999 der Marktzugang für Banken und institutionelle Anbieter erweitert; später wurden im Rahmen der Deregulierung der Finanzmärkte auch die Eigenkapitalanforderungen gelockert.

Zum anderen orientieren sich die Realpreise für Rohstoffpreise zur Zeit an den Entwicklung der Future-Preise. Futures dienen ursprünglich dazu, sich durch Vorabverkäufe von Ernten zu einem festgelegten Preis gegen Preisschwankungen abzusichern (Preisversicherung). Dabei hatten die Rohstoffbörsen die Funktion, mögliche Gewinne oder Verluste durch Preisschwankungen in der Zwischenzeit zu neutralisieren. Dafür musste der Verkäufer am Stichtag genauso viele Kauf- wie Verkaufskontrakte besitzen. Durch die Erweiterung des Marktzugangs floss viel Geld in die Rohstoffmärkte, was zu einem Anstieg der Kaufkontrakte führte. Dies hatte zur Konsequenz, dass aufgrund der dadurch gestiegenen Nachfrage die Preise für Rohstoffe stiegen, ohne dass sich die Nachfrage wirklich in diesem gleichen Maß erhöht hätte.

Um den Handel an den Rohstoffbörsen besser regulieren zu können und den Schattenhandel (den sog. „over-the-counter-Handel“) zu verhindern, soll die bereits in Diskussion befindliche Richtlinie zur Finanzmarktregulation (European Market Infrastructure Regulation) auch auf Rohstoffbörsen erstreckt werden. Diese hatte zum Inhalt, dass der Handel mit Finanzinstrumenten nur über Börsen oder börsenähnliche Einrichtungen zu erfolgen hat, die ihre Handelsdaten an die Aufsichtsbehörde bzw. an die Clearingstelle übermitteln soll.

Die Einrichtung einer von Finanzmarktakteuren unabhängigen Clearing-Stelle soll direkt bei den Börsen und börsenähnliche Einrichtung erfolgen. An sie sollen die Handelsdaten der Börsen übermittelt werden und sie soll die Hinterlegung des Kapitals bei jeder Transaktion an den Rohstoffbörsen überprüfen und bei zu geringem Kapital diese stoppen können. Diese Clearingstellen sollen von einer europäischen Aufsichtsbehörde überprüft, kontrolliert und überwacht werden.

Deshalb fordern wir:

Spekulationen mit Nahrungsmitteln sollen Europa- und schließlich auch weltweit verboten werden. Wir sind dafür, dass endlich Schluss ist mit Spekulationen auf Preissteigerungen, die dazu führen, dass Banken, Hedge- und Indexfonds Profit auf dem Rücken der ärmsten der Armen machen. Appelle an die Moral der Spekulanten sind nutzlos, strengere Regulierungen und Kontrollen müssen her! Daher fordern wir, dass

- der Handel auf dem Agrarmarkt streng reguliert wird durch eine Beschränkung der Positionen einzelner Händler sowie der Gesamtmenge an Kontrakten je Rohstoff,
- der außerbörsliche Handel mit Agrarstoffderivaten zwischen Finanzmarktteilnehmern verboten wird,
- eine europäische Aufsichtsbehörde für den Handel mit Agrarstoffen eingerichtet wird,
- die im Falle der Nicht-Einhaltung der Beschränkungen scharfe Sanktionen durchsetzt.
- Institutionellen Anbietern (dazu gehören Pensionsfonds, Versicherungen, Stiftungsverwaltern, Vermögensverwalter) und Investmentbanken die Auflage zu machen, kein Geld in Lebensmittel anzulegen. Nicht davon erfasst sind Futures und

Termingeschäfte.

- Börsengehandelte Publikumsfonds und Zertifikate für Lebensmittel zu verbieten.
- Den Handel mit Finanzinstrumenten, die Lebensmittel betreffen, nur noch über Börsen oder börsenähnliche Einrichtungen zu erlauben. Diese Einrichtungen müssen ihre Handelsdaten an die europäische Aufsichtsbehörde übermitteln.
- Eine von den Finanzmarktakteuren unabhängige Clearing-Stelle bei den Rohstoffbörsen selber zur Überwachung des Handels einzurichten.
- Jeder Händler soll bei jeder Transaktion einen gewissen Prozentsatz der Transaktion als Kapital bei der Clearing-Stelle zu hinterlegen.
- Rohstoffe und insbesondere Lebensmittel sollen nicht in Finanzprodukten mit anderen Produkten kombiniert werden.